

Klar

BURGDORF

AUSGABE 1



Burgdorf will eine familienfreundliche Stadt sein. Die Kinder aus armen Familien spüren allerdings nicht viel davon: Selbst für das Essen in den Kitas müssen ihre Eltern zahlen.



Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die erste Ausgabe von KLAR.Burgdorf in den Händen. In Zukunft möchten wir Sie damit alle paar Monate über die Arbeit des LINKSBÜNDNISSES im Burgdorfer Stadtrat informieren – aber auch darüber, was die etablierten Parteien im Rat machen: Sie sollen erfahren, wenn der Bürgermeister Ihre Interessen schleift und die bürgerliche Konzernpresse nicht darüber berichtet – oder, dass den anderen Parteien ein sinnloses Gewerbegebiet in Hülptingsen wichtiger ist als als kostenloses Essen für Ihre Kinder in den Kindertagesstätten. DAS LINKSBÜNDNIS im Burgdorfer Stadtrat schaut als linke, soziale Opposition den anderen Ratsleuten auf die Finger und entwickelt neue Konzepte. Wir machen ganz konkrete Vorschläge, denen die etablierten Parteien manchmal sogar zustimmen. Doch lesen Sie selbst.

Viel Spaß mit KLAR.Burgdorf!

Ihr
Michael Fleischmann
(parteiunabhängiger Ratsherr des
Linksbündnisses)

Essensgeld in Kindergärten sinkt

Immer wieder behaupten Stadtverwaltung und Bürgermeister, dass der Besuch eines Kindergartens in Burgdorf für Kinder aus sozial schwachen Familien kostenlos sei. Das ist glatt gelogen. Denn die Eltern müssen fürs Essen in den Kindertagesstätten zahlen, und zwar 50 Euro pro Kind und Monat - sehr viel Geld für jene Eltern, die kaum welches haben: Sozialhilfeempfänger, Hartz-IV-Empfänger und Geringverdiener. Das LINKSBÜNDNIS hat deshalb in einem Antrag gefordert, für diese Bevölkerungsgruppen das Essensgeld zu streichen. Für alle übrigen Eltern muss das Essensgeld drastisch sinken.

LINKSBÜNDNIS treibt Burgdorfer SPD

Auf Grund des Drucks des LINKSBÜNDNISSES im Rat muss sich die SPD bewegen. Einen ersten wichtigen Teilerfolg haben wir errungen: Seit Januar müssen Hartz-IV-Empfänger und Sozialhilfeempfänger „nur“ noch 20 Euro zahlen – und haben so jeden Monat 30 Euro mehr in der Tasche. Für alle übrigen Eltern sinkt das Essensgeld auf 40 Euro pro Kind und Monat. Die Burgdorfer SPD hat sich bisher gegen eine volle Streichung des Essensgeldes für arme Familien gesperrt. Die Partei meint, die 20 Euro stünden den Betroffenen nach dem Hartz-IV-Regelsatz von 345 Euro als Essensgeld in Kindertagesstätten (Kitas) zur Verfügung - und dieser Regelsatz reiche zum Leben. Das habe auch das Bundes-

sozialgericht bestätigt. Hier irrt die SPD gewaltig: Das Gericht hat nur entschieden, dass der Hartz-IV-Regelsatz nicht verfassungswidrig ist. Menschenwürdig leben kann man davon nicht. Die Betroffenen sparen deshalb am Notwendigsten: bei Hygiene, Gesundheitsversorgung und vor allem beim Essen. Genau deshalb muss das Essensgeld in den Kindertagesstätten für die Betroffenen ganz wegfallen, wozu auch Geringverdiener gehören. Sie können dieses Geld schlicht nicht bezahlen. Das zeigt sich auch in Hannover: Seit SPD und Grüne dort das Essensgeld in den Kitas eingeführt haben, bleiben vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien zu Hause. Rund 400 besuchen seitdem keinen Kindergarten mehr und verlieren so die letzte Chance auf eine Zukunft.

Essensgeld im Vergleich zu anderen Städten hoch

Die Burgdorfer Eltern müssen mit bisher 50 Euro und in Zukunft 40 Euro pro Kind und Monat im Vergleich zu anderen Städten viel fürs Essen im Kindergarten zahlen. Lehrte und Hannover verlangen 30 Euro, außerdem werden dort Hartz-IV-Empfänger auf Antrag vom Essensgeld ganz befreit. In Hannover zahlen auch Geschwisterkinder nix mehr. Warum sollen Eltern aus Burgdorf also deutlich mehr zahlen als andere? DAS LINKSBÜNDNIS im Rat hat dazu eine Anfrage gestellt.

Rat gibt viel Geld für sinnloses Gewerbegebiet

Der Burgdorfer Stadtrat hat 105.000 Euro für eine überflüssige Gewerbefläche in Hülptingsen gegeben, die so das bereits bestehende Gewerbegebiet nach Süden ausbaut. Dieses Geld ist erforderlich, um dieses Jahr allein die Rohre für die Kanalisation zu verlegen. So frisst sich das Gewerbegebiet mit seiner neuen Fläche weiter in ein wichtiges Naherholungsgebiet, das vor allem viele Anwohner aus der Südstadt gern nutzen. Nicht nur das: Die neue Wirtschaftsfläche ist nahezu wertlos, weil sie nicht direkt in die kommende Umgehungsstraße mündet, die nördlich der B188 endet. Die Stadt kann deshalb kaum Geld für die neue Gewerbefläche verlangen und verschleudert so viele Steuern für die Erschließung. Allein das LINKSBÜNDNIS im Rat stimmte dagegen.



Nach dem Willen der etablierten Ratsparteien frisst sich dieses Gewerbegebiet weiter in die Landschaft gen Süden. Diese neue Gewerbefläche ist weitgehend wertlos, und es kostet viel Geld, sie zu erschließen.

LINKSBÜNDNIS fordert freie Fahrt für Radler auch in Gegenrichtung von Einbahnstraßen

Freie Fahrt für Radler in Gegenrichtung von Einbahnstraßen? Warum nicht, Städte wie Oldenburg haben damit gute Erfahrungen gemacht. Dort sind alle Einbahnstraßen auch in der „falschen“ Richtung für Radler geöffnet: Die Unfallzahlen gingen leicht zurück, und der umweltfreundliche Radverkehr wird gefördert. Anders in Burgdorf: Polizei und Stadtverwaltung meinen, dies sei zu gefährlich. Sie sperren sich deshalb gegen eine Freigabe und erweisen so den Radfahrern einen BärenDienst. Denn diese müssen sich im Gegensatz zu Autofahrern mit eigener Kraft fortbewegen.



DAS LINKSBÜNDNIS.Burgdorf fordert freie Fahrt für Radler auch in Gegenrichtung von Einbahnstraßen. Andere Städte haben damit bereits gute Erfahrungen gemacht.

Deshalb wählen sie gern den kürzesten Weg und fahren dann auch mal in Einbahnstraßen in der „falschen“ Richtung.

Wenn das nicht legal wie in Oldenburg passiert, ärgern sich nicht selten Autofahrer darüber, fahren links ran und gefährden die Radler so unnötig. Diese wiederum weichen gern auf den Fußweg aus und gefährden dadurch die Fußgänger. Das ist die Situation in Burgdorf, die DAS LINKSBÜNDNIS ändern möchte. Wir haben deshalb in Absprache mit der Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) beantragt, dass die Stadt die Einbahnstraßen in Gegenrichtung für den Radverkehr öffnet – begleitet durch eine gute Beschilderung. Das fördert den Radverkehr und erhöht die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer, ohne dafür viel Geld ausgeben zu müssen.

Etablierte Parteien streichen schnelle S-Bahn am Wochenende

Die schnelle Kurven S-Bahn von und nach Hannover ohne Halt in Lehrte fährt zum Fahrplanwechsel im Dezember am Wochenende nicht mehr. Das hat die Regionsversammlung beschlossen, nur das LINKSBÜNDNIS stimmte dagegen. Nach extremen Fahrpreissteigerungen von knapp 15 Prozent innerhalb von nur drei Jahren, ist das ein weiterer massiver Dämpfer für alle Bus- und Bahn-Kunden aus Burgdorf. Die Vertreter im Stadtrat leisteten keinen Widerstand und gaben den Schwarzen Peter dagegen allein an das Land Niedersachsen weiter. Dieses solle das Geld geben, das SPD und CDU im Bundestag für diesen Zug gestrichen ha-

ben. Einen Antrag des LINKSBÜNDNISSES, der die Region aufforderte, den Zug weiterfahren zu lassen, lehnten alle anderen Parteien im Burgdorfer Rat ab. Es ist verlogen, wenn vor allem SPD und Grüne von Umweltschutz reden, aber eine Politik machen, die die Fahrgäste von Bussen und Bahnen zurück ins Auto treibt. Vor allem in den Kurvenzug am Wochenende steigen in Burgdorf viele Fahrgäste ein und aus. Damit ist bald Schluss.

Als Grund nennen SPD und Grüne, es sei kein Geld da. Komisch nur, dass beide Parteien in der Region jedes Jahr Millionen in der Wirtschaftsförderung und für Prestigeprojekte verschwenden. Mittlerweile

hat sich die Initiative MOBIL BLEIBEN gebildet, die Unterschriften gegen die Streichung der S-Bahn sammelt. Weitere Informationen: mobil-RE@web.de



Die Kunden des Öffentlichen Nahverkehrs sind angeschnitten: Diese schnelle S-Bahn am Wochenende ohne Halt in Lehrte verkehrt zwischen Burgdorf und Hannover bald nicht mehr.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. : Michael Konieczny
Redaktion: Michael Fleischmann
Herausgeber: DAS LINKSBÜNDNIS.
Burgdorf, c/o Michael Konieczny, Friederikenstraße 47, 31303 Burgdorf

Druck: flyeralarm.de

Burgdorfer Altenpflegeheim privatisiert

Die etablierten Parteien in der Regionsversammlung haben das Altenpflegeheim an der Schillerlager Straße an ein privates Unternehmen verschertelt – deren Ratsvertreter vor Ort finden das OK. Offizielle Begründung sind rote Zahlen, die das Pflegeheim schreibt. „Leider wurde nicht ernsthaft versucht, diese Verluste zu senken“, entgegnet Stefan Müller, Fraktionsvorsitzender des LINKSBÜNDNISSES in der Region. Meist sind fast alle Betten in Pflegeheimen belegt, nicht aber im Burgdorfer Altenheim: „Jedes leere Bett kostet viel Geld“, betont Müller und vermisst Bemühungen, das zu ändern.

Beschäftigte und alte Menschen zahlen die Zeche

Die Beschäftigten und die alten Menschen dürfen die Zeche für den Verkauf des Altenpflegeheims an eine Privatfirma zahlen: Immer wieder gibt es Pflegeskandale in privaten Heimen, die Aufsicht ist häufig unterbesetzt. „Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Qualität der Pflege sinkt“, sagt Jörn-Jan Leidecker, sozialpolitischer

Sprecher des LINKSBÜNDNISSES in der Region. „Privatfirmen wollen Gewinne machen, da wird gespart wo es geht – meist auf Kosten der Beschäftigten. Menschliche Grundbedürfnisse gehören deshalb nicht in private Hände.“ Die Ankündigung des neuen Eigentümers, das Pflegeheim auszubauen, hat damit nichts tun und vernebelt die Brisanz. Auch die Gewerkschaft ver.di befürchtet, dass Turnschuhkräfte qualifizierte Mitarbeiter ersetzen werden. Bis 2011 sind die Beschäftigten trotz des privaten Arbeitgebers noch vor Kündigungen und Lohndumping geschützt. So sieht es ein Vertrag vor, den ver.di mit der Region geschlossen hat. Danach ist die Falltür nach unten sperrangelweit geöffnet. In der Regionsversammlung stimmte allein DAS LINKSBÜNDNIS gegen den Verkauf des Altenpflegeheims.



Verkauft: Beschäftigte und Bewohner des Altenpflegeheims an der Schillerslager Straße baden die Finanzpolitik von Rot-Grün aus.

Hartz-IV-Behörde kann Jugendlichen Konfirmationsgeschenke wegnehmen

Auch wenn das Jobcenter der Region Hannover derzeit keine Konfirmationsgeschenke von Hartz-IV-Empfängern einstreicht, ist das bei Bedarf nach wie vor möglich. Die Jugendlichen müssen danach Geschenke abgeben, die einen Wert von 50 Euro übersteigen. Rot-Grün hat dafür den Weg freigemacht und Mitte April einen Antrag des LINKSBÜNDNISSES abgelehnt, der mit dieser möglichen Praxis ein für allemal Schluss machen wollte. So nerven SPD und Grüne nicht nur die Betroffenen, sondern fallen auch der Landesbischöfin Margot Käßmann in den Rücken. Käßmann hatte gefordert, dass Jugendliche ihre Geschenke behalten dürfen, auch wenn sie auf Hartz IV sind. Durch diese und andere entwürdigende Praktiken degradiert das Jobcenter Hartz-IV-Empfänger zu Freigängern im Strafvollzug.

Post und Bahnhof unterm Hammer



Auch das Bahnhofsgebäude aus dem Jahr 1850, das unter Denkmalschutz steht, geht an ein Privatunternehmen. Allein das LINKSBÜNDNIS und mit ihr DIE LINKE im Bundestag sagen konsequent Nein zur Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Die Privatisierungswelle rollt in Burgdorf derzeit auf Hochtouren.

Nicht nur das Altenpflegeheim an der Schillerlager Straße muss sich in Zukunft „den

Gesetzen des Marktes“ unterwerfen. Auch das Postgebäude und das Bahnhofsgebäude sollen verkauft werden – eine logische Folge der Bundespolitik von SPD und CDU: Beide Parteien wandeln die beiden staats-

eigenen Firmen in Unternehmen um, die dem Diktat der Aktienkurse gehorchen. Da vor allem die Post von Großkunden lebt, müssen die Burgdorfer langfristig mit weniger Service rechnen.

Stehen bald weitere Geschäfte in der Innenstadt leer?

Wo braucht Burgdorf Geschäfte mit Dingen des täglichen Bedarfs? Wahrscheinlich nicht unbedingt dort, wo bereits Lebensmittelgeschäfte stehen - wie zum Beispiel in der Innenstadt in der oberen Marktstraße. Mit Aldi und Cramer gibt es dort bereits zwei Lebensmittelmärkte, die nur wenige Meter auseinander liegen.

Trotzdem hat der Rat jetzt beschlossen, dass ein Großmarkt im Postgebäude seine Tore öffnen darf. Damit werden im Umkreis von rund 50 Metern drei Lebensmittelmärkte um Kunden buhlen. Nur das LINKSBÜNDNIS stimmte dagegen. Der neue so genannte City-Markt im Postgebäude wird als Großmarkt viel Kaufkraft aus der Innenstadt abziehen - bis hin zum Lebensmittelmarkt an der Uetzer Straße. Es ist deshalb zu befürchten, dass nach der hannoverschen Neustadt weitere Geschäfte in der Innenstadt dicht machen werden.



Mit Aldi und Cramer reichen den etablierten Parteien zwei Lebensmittelgeschäfte in der oberen Marktstraße noch nicht: Ein neuer Großmarkt zieht als dritter im Bunde ins Postgebäude ein. Für Bewohner der südlichen Weststadt und aus Heeßel ist dagegen die Nahversorgung gekappt, weil sich der Rat weigerte, das Angebot eines Investors ernsthaft zu prüfen.

Rat kappt Nahversorgung in Weststadt

In der Innenstadt genehmigt der Rat drei Lebensmittelmärkte auf einem Haufen, die Bewohner der südlichen Weststadt und aus Heeßel gucken dagegen durch die Röhre. Weil sich der Rat weigerte, ein Angebot eines Investors für Einzelhandel An der Mösch ernsthaft zu prüfen, können sie nicht mehr vor Ort einkaufen – denn der Plusmarkt in der Langeoogstraße hat seit 1. Mai seine Pforten für immer

geschlossen. Einen Antrag des LINKSBÜNDNISSES, An der Mösch einen Lebensmittelmarkt zu genehmigen, wischten die anderen Parteien und Bürgermeister Alfred Baxmann (SPD) vom Tisch. Sie ließen sich dabei auch nicht von knapp hundert betroffenen Bürgerinnen und Bürgern beeindrucken, die in die Ratssitzung Ende Januar gekommen waren.

Sie trugen ihre Bedenken und Einwände gegen die beabsichtigte Entscheidung vor, An der Mösch keinen Einzelhandel zuzulassen.

Genutzt hat es nichts: Verwaltung und Politik waren noch nicht einmal bereit, das Thema zu vertagen, um neue Argumente wenigstens diskutieren zu können.



Diesen Abschnitt bitte ausschneiden und einsenden an:

DAS LINKSBÜNDNIS.Burgdorf, c/o Michael Konieczny
Friederikenstraße 47
31303 Burgdorf
Oder kopieren und faxen an: 05136/920 22 07
E-Mail: mfleischmann@comlink.org oder Mi_cha@t-online.de

- Ich möchte weitere Informationen
- Ich interessiere mich besonders für:

.....
.....
.....

- Laden Sie mich bitte zu Ihrer nächsten Veranstaltung ein
- Halten Sie mich über Ihre Arbeit auf dem Laufenden
- Ich brauche Beratungshilfe wegen Hartz IV
- Ich möchte Mitglied werden

Meine Daten:

Name:

Adresse:

.....

E-Mail: